

Antrag

öffentlich

Datum

29.10.2019

Nummer

A0250/19

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Hoffmann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.11.2019

Kurztitel

Zuwanderungsnotstand ausrufen - Zuzugstopp für sogenannte
Flüchtlinge beschließen**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, dem Vorbild anderer Städte zu folgen, und einen Zuzugstopp für Asylbewerber nach Magdeburg anzuordnen.

Begründung:

Aus finanz-, sozial-, arbeits-, wohnungs-, identitäts- und sicherheitspolitischen Gründen ist die Anordnung eines Zuzugstopps für Asylbewerber nach Magdeburg alternativlos.

Infolge der sich verschlechternden konjunkturellen Lage ist im weiteren Jahresverlauf und im Jahresverlauf 2020 mit sinkenden Steuereinnahmen der Stadt zu rechnen. Dieser Umstand wird sich auf die laufenden Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2020 auswirken. Gleichzeitig müssen im kommenden Jahr und in den darauffolgenden Jahren wichtige kostenintensive Maßnahmen – darunter die Erhöhung des Anteils barrierefreier Haltestellen in der Stadt und die Einführung der kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für unter 18-Jährige – umgesetzt werden. Weiterhin schränken Verpflichtungsermächtigungen mit einem Gesamtvolumen von aktuell ca. 230 Millionen Euro den Handlungs- und Gestaltungsspielraum für künftige Haushalte der Stadt Magdeburg bereits jetzt signifikant ein.

Zum Jahresende 2017 lag die Pro-Kopf-Verschuldung in Magdeburg bei 2.828 Euro. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müsste die Entschuldung der Stadt konsequent fortgesetzt werden. Stattdessen beschloss der Stadtrat für das Jahr 2019 einen Rekordhaushalt in Höhe von 877 Millionen Euro und eine Neuverschuldung in Höhe von 34 Millionen Euro. Die drastische Neuverschuldung ist insbesondere Folge der Kostenexplosion infolge der illegalen Massenzuwanderung.

Vor diesem Hintergrund müssen die direkten und indirekten Kosten der Stadt Magdeburg im Bereich von Asyl und Integration zeitnah drastisch reduziert werden. Aufgrund der sich gegenwärtig abzeichnenden Zunahme des illegalen Migrationsgeschehens muss in den kommenden Monaten und Jahren jedoch mit einer Zunahme bei den Zuweisungen von Asylbewerbern nach dem Königssteiner Schlüssel an die Stadt Magdeburg und damit einhergehend mit stark ansteigenden Ausgaben in diesem Kostensegment gerechnet werden. Allein aus haushaltspolitischen Gründen ist eine weitere Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in Magdeburg mittelfristig nicht zu stemmen.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass Asylbewerber die Wohnungsnot weiter verstärken, sowie einen Mehrbedarf in den Bereichen Verwaltung, Bildung, Erziehung, medizinische Versorgung aber auch Justiz und Polizei erzeugen.

Zudem lässt die sicherheitspolitische Lage eine weitere kulturfremde Zuwanderung nicht zu. Dies zeigt unter anderem die mit dem Zuzug zumeist junger, männlicher und kulturfremder Zuwanderer verbundene, sich verschlechternde Sicherheitslage am Hasselbachplatz, dem Willy-Brandt-Platz, im Strubepark, auf der Ostseite des Allee-Centers sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Aufgrund der zuvor dargelegten Umstände soll der Bürgermeister aufgefordert werden, dem Vorbild zahlreicher anderer deutscher Städte – darunter Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen), Delmenhorst, Salzgitter sowie Wilhelmshaven (Niedersachsen) – zu folgen, und im Interesse der einheimischen Bevölkerung einen Zuzugstopp nach Magdeburg verfügen.

Frank Pasemann
Fraktionsvorsitzender